



# GKKE

Gemeinsame Konferenz  
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church  
and Development

---

Bundespressekonferenz 17.12.2025, 10.30 Uhr

## **GKKE-Rüstungsexportbericht 2025**

*Statement von Dr. Max Mutschler*

*Vorsitzender der GKKE Fachgruppe „Rüstungsexporte“*

*bicc - Bonn International Centre for Conflict Studies*

*Es gilt das gesprochene Wort.*

---



Sehr geehrte Damen und Herren,

auch der diesjährige GKKE-Rüstungsexportbericht blickt auf die Zahlen zu deutschen und europäischen Rüstungsexporten. Hierfür sind wir jedoch auf die Transparenz der Berichterstattung durch die Regierung angewiesen. Und um die steht es nicht gut. Zwar hat die schwarz-rote Bundesregierung den Rüstungsexportbericht für das Jahr 2024 Ende August 2025 veröffentlicht – immerhin zeitnäher als die Ampel in den Vorjahren. Aber für die deutschen Rüstungsexporte 2025 fehlen uns wichtige Daten.

Was haben wir von Schwarz-Rot zu erwarten? Der Koalitionsvertrag verheißt nichts Gutes. Dort ist von einer „strategisch ausgerichteten Rüstungsexportpolitik“ die Rede, die sich stärker an deutschen Interessen in der Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik ausrichten soll. In einem im November 2025 veröffentlichten Strategiepapier eines Beraterkreises des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wird gefordert, dass die Bewertung des Exportpotenzials eines Rüstungsgutes ein verbindliches Kriterium von Vergabeentscheidungen werden soll („Beschaffen, auch um zu exportieren“). So könnten Stückkosten gesenkt, Arbeitsplätze gesichert und „strategische Allianzen Europas in der Welt“ gestärkt werden.

Die GKKE wendet sich ausdrücklich gegen diese Priorisierung, insbesondere von wirtschaftspolitischen Interessen, in der Rüstungsexportpolitik. Sie befürchtet, dass die Bundesregierung unter dem Schlagwort einer „strategisch ausgerichteten Rüstungsexportpolitik“ Rüstungsexporte an Empfängerländer genehmigt, die aus menschen- und völkerrechtlicher Perspektive hoch problematisch sind.

Auch sicherheitspolitische Interessen sind in der Rüstungsexportpolitik zu berücksichtigen. Aber die GKKE fordert die Bundesregierung dazu auf, Entscheidungen über Rüstungsexporte nicht vornehmlich an ihren Interessen in der Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik auszurichten, sondern den Aspekten Menschenrechte, Demokratie und Frieden Priorität einzuräumen.

In diesem Sinne hält die GKKE auch an ihrer Forderung nach einem Rüstungsexportkontrollgesetz fest. Die Ampel hat es nicht geschafft, ein solches Gesetz vorzulegen. Die schwarz-rote Bundesregierung führt dieses Vorhaben nicht weiter. So bleiben strukturelle Probleme, wie etwa der Mangel an politischer und richterlicher Kontrolle von Regierungshandeln, in diesem Politikfeld bestehen.

---

Lassen Sie mich abschließend noch auf die europäische Dimension der Rüstungsexportkontrolle eingehen. Prälatin Gidion hat in ihrem Statement bereits auf die Forderung der GKKE an die Bundesregierung hingewiesen, sich in der EU für eine konsequente Einhaltung der Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts für Rüstungsexporte und für eine Verbesserung der institutionellen Kontrolle ihrer Einhaltung einzusetzen.

Das ist umso wichtiger, weil immer mehr Waffensysteme von Rüstungsunternehmen aus mehreren Mitgliedstaat der EU hergestellt werden. Gegen eine solche europäische Rüstungskooperation ist nichts zu sagen. Im Gegenteil, sie kann helfen Kosten zu senken und die Interoperabilität der Streitkräfte verbessern. Ohne eine Stärkung der Rüstungsexportkontrolle innerhalb der EU führt dies aber zu einem „race to the bottom“. Die Endmontage der Waffensysteme wird in das Land mit der schwächsten Exportkontrolle verlegt.

Das verstärkt den besorgniserregenden Trend, dass sehr viel mehr Rüstungsexporte der EU-Mitgliedstaaten an Staaten außerhalb der EU gehen als an andere EU-Staaten. 2023 etwa entfielen lediglich 21 Prozent der Rüstungsexportgenehmigungen der EU-Mitgliedstaaten auf andere EU-Staaten. Allein auf die drei Hauptempfängerländer Saudi-Arabien, Indien und die Vereinigten Arabischen Emirate entfielen hingegen 29 Prozent.

Dabei ist die EU angesichts von Förderprogrammen für die Rüstungsindustrie und dem massiven Anstieg der europäischen Militärausgaben gar nicht auf Rüstungsexporte an problematische Drittstaaten angewiesen, um die Kapazitäten der europäischen Rüstungsindustrie auszulasten. Vielmehr steht sogar zu befürchten, dass eine Fortsetzung der Drittlandexporte in diesen Mengen in manchen Fällen sogar zu Lasten der zeitnahen Versorgung von Streitkräften innerhalb der EU gehen könnte.

---